

Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 22.01.2024
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:21 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Frau Susanne Lamers CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Hendrik Lehnert CDU für Thorsten Bohmann

Herr Thorsten Menke CDU

Herr Alexander von Essen CDU

Frau Anne Brandt SPD für Tobias zum Buttel

Herr Wilhelm Janßen SPD

Herr Levent Süre SPD

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Herr Max Kunze B90/Grüne

Herr Carsten Helms FDP

Herr Theo Meyer UWG

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Stefan Unnewehr

Herr Michael Hollmeyer

Frau Anneke Schipper

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

sowie ein weiterer Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Thorsten Bohmann CDU

Herr Tobias zum Buttel SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.11.2023
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Personelle Hinterlegung eines weiteren IT-Administrators für die Rasteder Schulen - Antrag Gruppe SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, UWG
Vorlage: 2023/232
- 6 Haushalt 2024 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2023/165A
- 7 Anfragen und Hinweise
- 8 Einwohnerfragestunde
- 9 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.11.2023

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales vom 06.11.2023 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

Personelle Hinterlegung eines weiteren IT-Administrators für die Rasteder Schulen - Antrag Gruppe SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, UWG
Vorlage: 2023/232

Sitzungsverlauf:

Herr Hoffmann erläutert eingangs noch einmal die Beweggründe für die Antragstellung und stellt dabei insbesondere heraus, dass durch die fortschreitende Digitalisierung der Schulen im Gemeindegebiet die Anforderungen an die IT-Administration stetig steigen, sodass auch vor dem Hintergrund möglicher Vakanzten eine zusätzliche Stelle für die IT-Administration an den Schulen erforderlich ist.

Herr Helms erkundigt sich hinsichtlich einer möglichen Förderung in 2025, ob und inwieweit eine derzeitige Neueinstellung förderschädlich wäre.

Bürgermeister Krause legt dar, dass über die kommunalen Spitzenverbände noch weitergehende Gespräche mit dem Kultusministerium zu führen sind, um entsprechende Lösungsansätze zu finden, jedoch nach derzeitiger, vorsichtiger Einschätzung davon auszugehen ist, dass eine aktuelle Einstellung förderunschädlich ist.

Herr Helms bemerkt, dass die Aufstockung des IT-Supports außer Frage steht, jedoch vor dem doch recht ungewissen Ausgang hinsichtlich möglicher Förderrichtlinien beziehungsweise Förderbedingungen zunächst in einem ersten Schritt ein IT-Dienstleister beauftragt werden sollte, um den aktuellen Mehrbedarf abdecken zu können.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass dieser Schritt theoretisch denkbar ist, jedoch es bisherige Praxis war, hierfür eigens Personal einzustellen, um eine sofortige Behebung von IT-Problemen zu ermöglichen.

Herr Janßen dankt der Verwaltung für die schnelle Erarbeitung der Vorlage und ergänzt, dass Dienstleister in der Vergangenheit nicht rechtzeitig helfen konnten und Lehrkräfte mit der IT-Administration mittlerweile überfordert sind, sodass bei einem Ausfall eigene Mitarbeiter schneller helfen können, zumal sie die eingesetzte eigene Technik perfekt kennen.

Herr Lehnert erinnert an die abschließende Beratung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales zum Haushalt 2022, in dem die CDU-Fraktion Finanzmittel für einen Schulentwicklungsplan einbringen wollte, woraufhin seinerzeit die SPD-Fraktion darauf verwiesen hat, dass zunächst eine Beratung im Schulausschuss sinnvoll wäre. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich, warum der heutige Antrag nicht zunächst vorbereitend in einem Schulausschuss erörtert wird, zumal auch noch eine Sozialpädagogen-Stelle für die Rasteder Schulen im Gespräch ist.

Bürgermeister Krause erklärt, dass sozialpädagogische Stellen an den Schulen Landesaufgabe sind und es Wunsch des Antragsstellers war, die Thematik noch im Rahmen der Haushaltsberatungen zu berücksichtigen und im Übrigen der IT-Bedarf seitens der Verwaltung als Gesamtaufgabe für alle Bereiche gesehen wird, sodass

vorgesehen ist, einen gemeindlichen IT-Pool aufzubauen, um flexibel auf mögliche Abwesenheitssituationen reagieren zu können.

Im weiteren Verlauf werden seitens der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales unabhängig vom konkreten Tagesordnungspunkt noch einige weitere Stellen im Stellenplan beziehungsweise deren Finanzierung angesprochen sowie einige Verständnisfragen gestellt, die von der Verwaltung beantwortet werden.

Herr Hoffmann bittet um Nachsicht, dass der Antrag nicht für den Schulausschuss gestellt wurde, gibt aber gleichzeitig zu verstehen, dass der Bedarf fraktionsübergreifend unbestritten ist und direkt ins Auge fällt, sodass zügig gehandelt werden sollte, um künftig Engpässe in der IT-Administration, wie sie in der Vergangenheit bereits aufgetreten sind, vermeiden zu können.

Herr Helms stellt im Nachgang seines Beitrags zu Beginn der Aussprache den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, zeitnah zu prüfen, ob als Alternative zu einem weiteren IT-Administrator ein IT-Dienstleister die anstehenden Aufgaben zeit- und sachgemäß übernehmen kann.

Sodann lässt die Ausschussvorsitzende Frau Lamers über den Antrag von Herrn Helms abstimmen.

Bei 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Nachfolgend lässt die Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Im Stellenplan wird ab dem Haushaltsjahr 2024 eine zusätzliche Stelle mit der Aufgabenstellung „IT-Administration“ eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	5
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

**Haushalt 2024 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2023/165A**

Sitzungsverlauf:

Herr Hollmeyer stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist, die Änderungen beziehungsweise Ergänzungen gegenüber dem ersten Entwurf vom 20.10.2023 vor, wobei er insbesondere darauf aufmerksam macht, dass sich die Erträge im Ergebnishaushalt um 2.019.700 Euro verbessert haben, jedoch das Ergebnis im ordentlichen Bereich immer noch mit einem Defizit in Höhe von 771.970 Euro abschließt, sodass der Haushaltsausgleich nur über einen Rückgriff auf die Überschussrücklage möglich ist. Im Rahmen des Finanzhaushaltes kann bei der laufenden Verwaltungstätigkeit der Überschuss von knapp 380.0000 Euro auf 2,65 Mio. Euro deutlich verbessert werden, womit die Eigenfinanzierungskraft gestärkt werden kann. Problematisch gestaltet sich aus Sicht des Kämmers das Investitionsvolumen nicht nur in 2024, sondern auch in den Folgejahren bis 2027. Demzufolge ist mit einem Investitionsvolumen in 2024 sowie im Finanzplanungszeitraum in Höhe von 61,18 Mio. Euro zu rechnen, welches durch Einzahlungen nicht gedeckt werden kann, sodass im Bereich der Investitionstätigkeit ein Defizit in Höhe von 43,36 Mio. Euro über vier Jahre zu erwarten ist. Somit wird sich planerisch auch der Schuldenstand in diesem Jahr von 8,2 auf über 20 Mio. Euro und bis 2027 voraussichtlich auf 45 Mio. Euro erhöhen. Zudem sind nach derzeitiger Lage die Haushalte 2025 bis 2027 liquide nicht abgesichert, wodurch sich die Gesamtsituation in den kommenden Jahren nicht entschärft.

Herr Janßen weist darauf hin, dass heute ein Haushaltsplanentwurf der Superlative vorliegt, denn noch nie waren Aufwendungen, Erträge und Investitionen so hoch wie für dieses Jahr prognostiziert. Er betont, dass der Haushalt fraktionsübergreifend im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung kritisch hinterfragt und überprüft wurde, jedoch der Spielraum begrenzt ist. Im Übrigen ist der Haushalt von zahlreichen nachhaltigen Maßnahmen gekennzeichnet, die von der SPD-Fraktion ausdrücklich begrüßt und für sinnvoll erachtet werden. Mit Sorge betrachte er indes die finanzielle Entwicklung bei der laufenden Verwaltungstätigkeit in den kommenden Jahren, die Politik und Verwaltung vor große Herausforderungen stellt.

Herr Helms signalisiert für die FDP-Fraktion ebenfalls Zustimmung zum Haushaltsplanentwurf 2024, der ausgeglichen und solide ist. Gleichwohl kann er eine konsequente Haushaltsdisziplin bei der Mehrheitsgruppe nicht erkennen, die jedoch vor dem Hintergrund der aufgezeigten schwierigen Situation in den Folgejahren dringend erforderlich ist. Er kündigt an, hier künftig genau und sehr kritisch hinschauen zu wollen.

Herr Alexander von Essen betont, dass der Haushalt nicht ausgeglichen ist, sondern lediglich durch einen Rückgriff in die Überschussrücklage ausgeglichen wird. Dessen ungeachtet ist bei der Mehrheitsgruppe eine Haushaltsdisziplin nicht zu erkennen, im Gegenteil, es wird noch weiter draufgesattelt, obwohl die finanziellen Aussichten für die kommenden Jahre alles andere als gut sind. Grundsätzlich gibt es aus Sicht der CDU-Fraktion zwar gute Ansätze, jedoch sind auch viele Fragen ungeklärt. So fehlt

beispielsweise eine genaue Stellenbeschreibung für die neue IT-Fachkraft sowie eine grundlegende Gesamtkonzeption für das Gelände am Brunsweg in Loy, um die Aufnahme des Baus einer Erschließungsstraße in den Haushaltsplan rechtfertigen zu können. Zudem wurde die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften und die Sanierung der Spundwand im Naturbad Hahn bislang nicht einmal politisch beraten und zu allem Überfluss sollen 390.000 Euro für die Herrichtung des Marstalls und der alten Schmiede bereits jetzt im Rahmen der Palais-Sanierung eingesetzt werden. Dieses Vorgehen ist nach Auffassung der CDU die Aufkündigung des Arbeitskreises Haushalt, zumal sich der Rat in der jetzigen Situation auf Pflichtaufgaben konzentrieren und Haushaltsdisziplin leben sollte.

Herr Hoffmann erwidert, dass die Sanierung des Palais-Kern-Ensemble allemal geplant war und im vorgesehenen Eigenanteil in Höhe von 1,1 Mio. Euro bereits berücksichtigt ist. Im Übrigen ist das Palais ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn Aufgaben in die Zukunft verschoben werden. Gleiches gilt bei den Kitas, den Schulen und den Bädern wo ebenfalls ein großer Investitionsstau vorhanden ist, der abgearbeitet werden muss. Maßnahmen, wie in der Vergangenheit geschehen, zu verschieben, ist daher nicht die Lösung, sondern heißt nur, die Augen vor der Realität zu verschließen. Dessen ungeachtet befinden sich im Investitionsprogramm für 2024 eine Vielzahl an Maßnahmen, die langfristig beschlossen und für die vertragliche Verpflichtungen vorliegen.

Herr Lehnert erinnert daran, dass man 2020 eine gemeinsame Priorisierung vorgenommen hat und genau geschaut hat, wo Gelder eingespart oder Maßnahmen verschoben werden konnten. Von daher sollte auch jetzt mehr Ernsthaftigkeit an den Tag gelegt und konstruktiv nach Einsparpotenzialen gesucht werden. Er unterbreitet das Angebot, in den nächsten 14 Tagen noch einmal entsprechende Gespräche fraktionsübergreifend zu führen.

Bürgermeister Krause weist hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Alexander von Essen darauf hin, dass laut Beschlussvorlage die Sanierung des Marstalls und der alten Schmiede beim Palaisensemble ohnehin vorgesehen war und die Sanierung bereits beim zu erwartenden finanziellen Eigenanteil in Höhe von 1,1 Mio. Euro berücksichtigt wurde, der Neubau eines Feuerwehrgerätehauses und die Ausweisung eines kleinen Wohngebiets in Loy übereinstimmend von den politischen Gremien mitgetragen wurde und die Verwaltung durch Beschluss aufgefordert wurde, alternative Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete zu schaffen, um öffentliche Einrichtungen wie Sporthallen soweit wie möglich für die originäre Nutzung freihalten zu können.

Herr Hoffmann betont, dass verschiedenste Ansätze überprüft wurden und beispielsweise bei künftigen Neubauten Konsens darüber bestand, die Ausstattung und Ausführung von Projekten zu hinterfragen, um gegebenenfalls eine um 15 Prozent kostengünstigere Umsetzung zu erreichen. Im Übrigen weist er noch einmal darauf hin, jetzt die aufgelaufenen Maßnahmen mit Pragmatismus anzufassen, da der finanzielle Umfang durch ein Aufschieben beispielsweise über 2030 hinaus nicht geringer wird.

Herr Janßen gibt ergänzend zu seinen zu Beginn gemachten Ausführungen zu verstehen, dass aus seiner Sicht das Verhalten der CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar ist, indem man einerseits die Zusammenarbeit im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung aufkündigt und andererseits ein 14-tägiges Gesprächsangebot unterbreitet.

Herr Meyer appelliert an die Fraktionen, diesen Haushalt nicht zum Wahlkampfthema zu machen, sondern konstruktiv zusammenzuarbeiten und zu überlegen, wie die anstehenden Investitionen künftig geschultert werden können.

Im weiteren Verlauf der Debatte werden die Standpunkte der einzelnen Fraktionen durch weitere Wortbeiträge einzelner Fraktionsmitglieder verfestigt, sodass daran anschließend die Ausschussvorsitzende über den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen lässt.

Beschlussempfehlung:

1. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede für das Haushaltsjahr 2024 gemäß Anlage 1 wird beschlossen.
2. Der Haushaltsplan 2024 mit seinen festgesetzten Haushaltsvolumen wird wie folgt beschlossen:

Ergebnishaushalt	
ordentliche Erträge	55.111.670 €
ordentliche Aufwendungen	55.883.640 €
außerordentliche Erträge	2.217.900 €
außerordentliche Aufwendungen	0 €

Finanzhaushalt	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.755.850 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	50.106.570 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	6.235.600 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	21.218.000 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	12.834.820 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	501.700 €

3. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 wird beschlossen.
4. Das Investitionsprogramm zum Haushaltsjahr 2024 wird beschlossen.
5. Die Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Anfragen und Hinweise

Es werden keine Anfragen gestellt beziehungsweise Hinweise gegeben.

Tagesordnungspunkt 8

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 9

Schließung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Lamers schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Digitales um 18:21 Uhr.